

Arbeiterpartei, sondern nur eine Stoßtruppe der Faschisten. Ein Minister, der seinen Einfluß mehr auf die Polizei habe und die gegenwärtigen Zustände dulde, verdiene kein Vertrauen. Der deutschnationalen Abg. Beutler bemerkte sehr treffend, daß die kommunistische Begründung des Mißtrauensantrages doch eigentlich nur darauf hinauslaufe, daß der Innenminister Müller bestrebt sei, die Staatsautorität zu schützen, das sei aber kein Grund, dem Minister das Vertrauen zu entziehen, auch wenn seine Partei mit vielen Maßnahmen des Ministers nicht einverstanden sein könne. In einer schwierigen Lage befand sich der frühere Innenminister Abg. Liebmann. Als Linkssozialist hielt er sich für verpflichtet, dem Mißtrauensantrag seiner früheren Regierungsfolge zuzustimmen; als Sozialdemokrat aber mußte er nach einem Grunde suchen, dem sozialdemokratischen Minister die Gefolgschaft zu verweigern. Er begründete seine Zustimmung zu dem Mißtrauensantrag damit, daß er und seine Freunde gegen die Koalitionsregierung seien. Abg. Dr. Niebhammer (D. Wp.) erklärte kurz und bündig, daß seine Partei gegen den Mißtrauensantrag stimmen werde. Auch der sozialdemokratische Redner Franz sowie der Demokrat Dr. Seyfert gaben dieselbe Erklärung ab. Der Innenminister Müller rechtfertigte seine von den Kommunisten angegriffene Politik und erklärte dem Abg. Liebmann gegenüber, es gebe nicht an, von dem anderen einfach zu fordern, sie müßten sich unterordnen, man müsse auch nachgeben können, wenn man gewissermaßen die wirtschaftlichen Kräfte abwäge und bestrebt sei, unsere darniederliegende Wirtschaft wieder auszurichten. Der kommunistische Mißtrauensantrag wurde dann mit den Stimmen der drei Koalitionsparteien und der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Kommunisten und Linkssozialisten abgelehnt. Dasselbe Schicksal ward dem kommunistischen Antrag auf Auflösung des Landtages zuteil, nur daß hier auch die Deutschnationalen mit den Antragstellern stimmten. Die übrigen Punkte wurden von der Tagesordnung abgesetzt. Am Donnerstag, den 15. Mai, werden einige Vorlagen und Anträge beraten werden. Am Dienstag soll die große Staatsberatung stattfinden.

Politische Rundschau

Sozialdemokratische Wahlarbeiten.

Ueber das mit riesigem Verbaufwand betriebene große Ausmaß der sozialdemokratischen Wahlpropaganda erfährt man allmählich einige Einzelheiten. So meldete vor einigen Tagen erst die Leipziger Parteipresse, daß im dortigen Wahlkreis allein 87 verschiedene Flugblätter von der Partei verteilt worden seien und jetzt gibt Hiesiger in der „Dresdner Volkszeitung“ bekannt, daß im Wahlkreis Ostschlesien fast 500 sozialdemokratische Wahlversammlungen abgehalten wurden. Wenn man dies mit dem Wahlergebnis in Vergleich stellt, dann wiegen die sozialdemokratischen Verluste doppelt schwer. Hiesiger aber spricht trotzdem noch von „einem starken Rad nach vorwärts“. Diese Freude soll ihm angesichts der offenbar gewordenen schwachen Jugkraft seiner Spitzenkandidatur gern gelassen werden.

Die Vorgänge in Halle.

In der angeleglichen Beteiligung der Reichswehr an der Einweihung des Rolke-Denkmal in Halle wird vom Reichswehrministerium mitgeteilt, daß eine dienliche Teilnahme von Reichswehr in Halle nicht stattgefunden habe. Die außerdienstliche Teilnahme von Reichswehrangehörigen an der mit Zustimmung und Beteiligung der zuständigen Zivilbehörden stattgefundenen Feier hat das Wehrkreiskommando genehmigt. Die Teilnahme der Traditionskompanie des ehemaligen Infanterieregiments Graf Rolke Nr. 38 habe sich auf drei Offiziere und zehn Mannschaften beschränkt. — Nachträglich wird bekannt, daß bei den Zusammenkünften noch eine Anzahl von Kommunisten durch Bajonettschüsse verletzt und 50 bayerische Oberanführer durch die Polizei entwaffnet worden sind. — Neue Kundgebungen der nationalen Verbände und GegenDemonstrationen werden für Breslau und Berlin angekündigt.

Bayerischer Hansabund über das Sachverständigengutachten.

Auf der Tagung des Landesverbandes Bayern des Deutschen Hansabundes, auf der Reichsfinanzminister Dr. Lutzer über „Wirtschaft und Finanzen“ sprach, wurde eine Entschließung angenommen, die vom Reichstag fordert, daß er in der Frage der Sachverständigengutachten, die auch vom Hansabund als brauchbare Verhandlungsbasis anerkannt werden, alle parteipolitischen Erwägungen zurückstellt hinter das dringende Gebot, durch praktische Arbeit dem deutschen Volk den Weg zur politischen und wirtschaftlichen Freiheit zu bahnen.

Bayerns zukünftige Regierung.

Nach Münchener Meldungen werden zwischen den Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei zurzeit wegen der Neubildung der Bayerischen Regierung Verhandlungen geführt. Die Deutschnationalen bestanden darauf, daß Dr. v. Arnim wieder das Amt des Ministerpräsidenten übernehme. Für das Innenministerium werde Ministerialrat Stißel in Vorschlag gebracht. Der Posten v. Kahr solle mit Minister Schwegler besetzt werden.

Oberst von Seißer des Amtes enthoben

Wie amtlich aus München mitgeteilt wird, ist der Chef des Landespolizeiamtes, Oberst Seißer, der von der bayerischen Regierung aufgefordert war, seinen Rücktritt zu nehmen, dieser Aufforderung aber nicht Folge geleistet hatte, nunmehr seines Amtes enthoben worden. Der Nachfolger des Obersten v. Seißer, Oberst v. Reiß, hat bereits seinen Dienst als Leiter der bayerischen Landespolizei angetreten.

Aufruf zur Hannoverschen Frage.

Die preußische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei erläßt folgenden Aufruf: Nur über ein unversehrtes starkes Preußen geht der Weg in ein wieder freies und starkes Deutschland. Deshalb hält es die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei für geboten, noch einmal in letzter Stunde diejenigen Frauen und Männer im Hannoverlande, die es gut mit dem Reiche meinen, aufzufordern, das Reiche an Willen und Kraft einzuzeigen, auf daß der verhängnisvolle Schwächungsversuch der Welsen und damit an dem Reiche auszuhanden werde.

Erwerbslosenunterstützung für Beamte.

Die fünf Beamten-Spitzenorganisationen haben an das Reichsarbeitsministerium einen Antrag auf sofortige Anberaumung einer Verhandlung gestellt, in der die Frage geklärt werden solle, wie den zur Entlassung ohne Parteigeld oder Ruhegehalt gekommenen Beamten die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung zu ermöglichen ist.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie behauptet wird, befindet sich v. Kahr zurzeit in Berlin. Er halte sich hier vollkommen als Privatmann auf und unterhalte keine Beziehungen zu politischen Kreisen.

Hannover. Graf von Bernstorff-Behningens, der Spitzenkandidat der Deutsch-Hannoverschen Partei für den Wahlkreis Lüneburg-Stade hat auf sein Mandat für den Reichstag verzichtet. An seine Stelle tritt Schneidermeister Siebert-Hannover.

Kleine Nachrichten

Die Lage im sächsischen Kohlenbau.

Dresden, 13. Mai. Zur Lage im sächsischen Steinkohlenbezirk wird mitgeteilt, daß bei den zurzeit in Berlin schwebenden Verhandlungen über die Lage im Ruhrgebiet auch die Aussperrung in Sachsen geregelt werden soll. Auch auf den staatlichen Werken in Zanderode wird gestreikt, worauf auch dort die Aussperrung erfolgt ist.

Beendeter Ausstand.

Mannheim, 13. Mai. Nachdem sich auf die Aufforderung der Metallindustriellen 50 bis 65 % der Arbeiterschaft der einzelnen Betriebe im Mannheim-Ludwigshafener Metallindustriegebiet bereit erklärt haben, zu den Bedingungen der Arbeitgeber die Arbeit wieder aufzunehmen, werden die Betriebe am 15. Mai wieder geöffnet.

Eingreifen der Besatzungsbehörde in den Ruhrzustand.

Essen, 13. Mai. Man erfährt, daß der Führer der christlichen Bergarbeiter, Jambusch, von der Besatzungsbehörde zu einer Besprechung eingeladen ist. Man darf wohl annehmen, daß die Besatzung entgegen ihrer ursprünglichen Absicht nun doch in den schwebenden Streit einzugreifen gewillt ist.

Berurteilung eines bayerischen Landtagsabgeordneten.

Kürnberg, 13. Mai. Der frühere Hauptlehrer und jetzige östliche Landtagsabgeordnete Julius Streicher wurde von der großen Strafkammer des Schöffengerichts wegen Verleumdung bzw. übler Nachrede zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. In dem Prozeß Luppe-Streicher soll Streicher in seiner Verteidigungsrede über die Richter im Hauptprozeß, die Landgerichtsrate Sachs und Ehrenberger geäußert haben: Ausgerechnet zwei Juden gaben den Ausschlag, daß Kauh freigesprochen wurde.

Die Regierungsbildung in Frankreich.

Genf, 13. Mai. Der Pariser Korrespondent des „Journal de Genève“ rechnet mit der Bildung eines Kabinetts Briand-Poincaré-Herriot, dem auch einige Sozialisten angehören dürften.

Widerstand vor dem Rücktritt.

Paris, 13. Mai. Die Haltung Mitterands ist noch unbestimmt. Es wird als selbstverständlich anerkannt, daß die Entscheidung über das Verbleiben oder den Rücktritt des Präsidenten der Republik nicht in die Kompetenz des Ministerrates fällt. Die politische Lage scheint aber den Rücktritt Mitterands zu fordern. Nach den bisherigen Ergebnissen der Wahl, an denen weniger noch ansehende Bezirke kaum noch etwas ändern werden, hat die Linke einen Gewinn von 160 Sitzen davongetragen.

Englischer Flottenbesuch in Lettland.

Riga, 13. Mai. Die englische Gesandtschaft macht die Mitteilung, daß im Laufe dieses Sommers mehrere Einheiten der atlantischen Flotte die lettländischen Gewässer aufsuchen werden.

Aus unserer Heimat

Wilsdruff-Dresden, am 14. Mai 1924.

Merkblatt für den 15. Mai 1924.

Tonnenaufrag 4^h | Mondaufgang 3^h N.
 Sonnenuntergang 7^h | Monduntergang 2^h B.
 1816 Maler Alfred Reibel geb. — 1830 Pfarrer Pierre Curie, Entdecker des Radiums, geb. — 1862 Schriftsteller Arthur Schnitzler geb. — 1879 Architekt Gottfried Semper geb. — 1881 Dichter Franz v. Dingeldey geb. — 1916 Beginn der österreichisch-ungarischen Offensive in Süditalien.

Am grünen Tisch.

„Am grünen Tisch ausgeheckt“ ist eine Redensart, die spöttelweise angewandt wird. Gemeint ist damit, daß fernab von der Wirklichkeit Gesetze und Verordnungen erlassen werden, die nicht auf den Bedürfnissen des Lebens (oder der Praxis) aufgebaut sind. Welt- und wirklichkeitstreu nennt man die Urheber solcher Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen. Nicht aus dem pulserenden Leben haben sie ihre Weisheit geschöpft, sondern „am grünen Tisch“ (in der Amtsstube) haben sie diese ausgedacht. So etwas soll es aber nicht nur in den Amtsstuben geben, sondern auch in Privatunternehmen. Die, die gegen den amtlich grünen Tisch zu Felde ziehen, hätten oft Grund genug, im eigenen Betrieb dafür zu sorgen, daß Amtsschimmel-eigenheiten nicht aufkommen. — Daß öffentliche Amtsstellen andere Aufgaben haben als der private Wirtschaftler, muß man bedenken. Sie sollen sich vom Geiste einer zweckmäßigen Volks- und Wirtschaftspolitik leiten lassen, nicht vom Wohle einzelner. Im Wirtschaftslieben prallen die Interessen aufeinander, jeder weiß feins und glaubt, was für ihn gut sei, müsse auch für alle anderen gut sein. Die anderen sind aber anderer Meinung. Sie halten ihr Wohlgergehen für richtiger als das anderer. In diesen Fragen gilt es zu prüfen, zu überlegen; die vorgebrachten Wünsche sind zu bedenken. Es müssen Ausgleiche geschaffen, mittlere Wege gesucht werden. Dabei geht es ohne Meinungen und Bestimmungen nicht ab. Viele glauben, zu kurz gekommen zu sein, und sie machen sich Lust, indem sie spöttisch anklagend vom grünen Tisch sprechen. — Daß auch Amtseinrichtungen verbesserungsfähig sind, muß zu gegeben werden. Wer sich im Schellen hervorrot, hat damit noch nicht bewiesen, daß er es besser machen könnte. Und dann: Hat nicht jeder schon einmal an seinem eigenen grünen Tisch etwas ganz nett ausgedacht, und schließlich taugte die Sache doch nichts; und wiederum: Viele Führer des Staates und der Geschäftswelt haben am grünen Tisch oft ihre besten Gedanken. Das ist kein Wunder, denn in der Ruhe und Beschaulichkeit ist das Denken oft erfolgreicher als im Trubel des Alltags und im Gewirr vieler Meinungen. Die Sache mit dem grünen Tisch ist des Nachdenkens wert. Viele können daraus für sich lernen. Nicht jeder kann alles, und wenn etwas ordentlich gelungen ist, dem kann etwas anderes ordentlich misslingen. Jeder weiß etwas, und wenn etwas misslingen ist, dem kann gerade deshalb etwas anderes gelingen. Das ist oft der Fall, und der Grund dafür ist: Aus den — Fehlern wurde gelernt.

In eigener Sache. Die „Meißner Zeitung“ löst in unserer Stadt und den Gemeinden der Umgebung Freieremplare verteilt. Die verschiedentlich aufgetauchte Meinung, als ob wir mit genannter Zeitung etwas zu tun hätten, gehört ins Reich der Fabel. Schon die Tatsache, daß die Zeitung in Meißen erscheint, sagt ja alles. Wahr ist an dem Gerücht nur, daß der Verlagsleiter der „M. Z.“ ehemals in unserem Verlag tätig war, mit Anfang April aber ausgeschieden und nach Meißen verzogen ist. Verlag der „Sachsen-Zeitung“.

Ein Antrag zur Gemeindeordnung. Die Deutschnationalen Landtagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, in dem die Regierung ersucht wird, dem Landtag eine Novelle zur Gemeindeordnung vorzulegen. In ihr soll u. a. in § 21 eine Bestimmung eingefügt werden, daß durch Ortsgesetz die bisherige Ratsverfassung eingeführt werden kann. Den Vorsitz in gemischten Ausschüssen soll ein Vertreter des Gemeinderates, der von diesem zu wählen ist, führen. Die Bestimmung über die Wiederwahl des Bürgermeisters, die auf zwölf Jahre begrenzt war, soll gestrichelt werden. Voraussetzung zur Wählbarkeit eines Gemeindevorstandes soll sein, daß er die zur Führung seines Amtes erforderliche Vorbildung und Eignung besitzt. Im Maß des § 80 soll folgender neuer Satz eingefügt werden: „Auch kann durch Ortsgesetz für den Bürgermeister eine besondere Befähigung und Vorbildung verlangt werden. In Gemeinden mit mehr als 5000 Seelen ist die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst vorzuschreiben.“ Die Wählbarkeit, bezirksfrei zu werden, soll schon für Gemeinden mit 10 000 Einwohnern eintreten.

Herr Hofrat Professor Seyffert, der am 29. April in Berlin für Natur- und Heimatkunde einen wunderschönen Vortrag über Puppenspiele hielt, besuchte bei seiner Anwesenheit in Wilsdruff auch das Heimatmuseum in der neuen Schule. Er war des Lobes voll über die Schöpfung des Herrn Oberlehrers Kühne. Im Verein mit einigen Heimatfreunden verbrachte der geschätzte Gast frohen im Dachstuhl eine frohe Stunde, die durch ein in liebenswürdigster Weise geköstetes Frühstück auch nach der materiellen Seite hin gewürzt wurde. Aus dem schriftlichen Urteil des Herrn Hofrats über das Wilsdruffer Heimatmuseum seien folgende Sätze genannt: „Aus den bescheidenen Anfängen, die ich vor Jahren kennen lernte, ist etwas Fertiges geworden, Herr Oberlehrer Kühne hat eine Tat im Sinne der Volkstunde und des Heimatbundes vollbracht und mir wollen ihm dankbar sein. Er hat ein echtes und rechtes Heimatmuseum geschaffen. Die außerordentlich schwierige Aufgabe, vielerlei unter einen Hut zu bringen, hat er gelöst; er hat trotz des vielseitigen Inhalts ein Ganzes gestaltet. Sehr wichtig ist der stadthistorische Teil, der sich auf Wilsdruff selbst bezieht. Hier muß man die Wilddämme der im Weltkrieg Gefallenen einbeziehen; sie sind eine wertvolle Ergänzung zu einem Kriegerdenkmal. Hier schaut man von Angesicht zu Angesicht diejenigen, die uns zurufen: Wir sind für das Vaterland! Unter den Besitzern, die Wilsdruff den Einheimischen und Fremden zu zeigen hat, wird das Museum als eins der wertvollsten bezeichnet werden müssen.“

Der Gewerbeverein hielt gestern abend im „Löwen“ eine Besammlung ab, in der beschlossen wurde, am 28. Mai eine Halbtagspartie zu unternehmen. Als 1. Schriftführer wurde Herr Otto Rost gewählt. Nach internen Sachen wurde einstimmig beschlossen, für die Erhaltung des Fußweges nach Kleinschönberg mit allen Mitteln einzutreten.

Die Bodenreformer treiben eine Hebung der Wohnungs- und Siedlungsnot an. Freitag abend sprach im Stadtvorordnetenversammlung Herr Lehrer Menzel über ihre Ziele und Aufgaben.

Sächsischer Genossenschaftstag. Vom Sonnabend bis Montag trafen sich in Döbeln die Führer und Vertreter des gewerblichen Mittelstandes zu erster Arbeit am Wiederaufbau des durch die Geldentwertung erschütterten Genossenschaftswesens. Am Sonnabend nachmittag fand eine Vertreterversammlung der Kreditgenossenschaft statt, der ein Unterhaltungsabend folgte. Am Sonntag vormittag wurden zunächst Sonderberatungen der Kreditgenossenschaft und Bankinstitute gepflogen, und zwar der Fleischgenossenschaften, der Genossenschaften für Tapezierer, für das Holzgewerbe, für Maler, für Bäcker, für Friseur, für Lebensmittelhändler und für Schuhmacher. Unter starker Beteiligung fand am Sonntag nachmittag im Schützenhaussaal die 19. ordentliche Generalversammlung der Landesgewerbebank Sachsen statt. Den Abend beschloß ein Festkommers. Von besonderer Bedeutung am Montag war die Rede des deutschen Genossenschaftsführers Direktor Krotzhaus, deren Grundgedanke war, daß die gewerblichen Genossenschaften heute notwendiger als je seien, um dem Gewerbe einen Platz an der Sonne der Volkswirtschaft zu sichern, und daß diejenigen Genossenschaften leistungsfähig handelten, die sich in Aktiengesellschaften umwandelten.

Sächsische Gemeindebeiratsrat. Die vom Verband Sächsischer Gemeinden, dem bisher 105 Orte mit rund 900 000 Einwohnern beigetreten sind, gegründete und erhaltene Gemeindebeiratsrat hat im vergangenen Jahre wieder drei Lehrgänge mit insgesamt 75 Teilnehmern abgehalten. Der Zweck der Lehranstalt ist die Ausbildung von tüchtigen Gemeindebeamten. Der Rechnungsabluß gestaltete sich trotz der Geldentwertung recht günstig, da der Staat Zuschüsse für die Befolgung der Lehrkräfte leistete und die Stadt Dresden wieder die Unterrichtsräume nebst Heizung und Beleuchtung zur Verfügung stellte.

Ruhegehaltsverband Sächsischer Gemeinden. Der Verband hielt am Montag in Dresden seine ordentliche Verbandsversammlung ab. Dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß im Rechnungsjahre 1923 69 Gemeinden und Verbände im Ruhegehaltsverband Sächsischer Gemeinden Aufnahme gefunden haben, während im Berichtsjahre 1923 weitere 24 Beitritte stattgefunden haben, so daß der Ruhegehaltsverband zurzeit 871 Gesamtmitglieder umfaßt. Der schon länger erwogene Plan wegen Verlegung der Geschäftsstelle nach dem Verbandsitz Dresden soll nunmehr in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Aufruf des Rotgelbes der Sächsischen Staatsbank. Der schon angekündigte Aufruf des Rotgelbes der Sächsischen Staatsbank ist nun tatsächlich erfolgt. Die Sächsische Staatsbank ruft mit Wirkung vom 12. Mai 1924 sämtliche von ihr herausgegebenen werbeständigen Rotgelb über Goldmark und Goldpfennige und zwar folgende Sorten zur Einziehung auf: 10, 20 und 50 Goldpfennig, 1, 3 und 5 Goldmark. Die Rotgelbscheine werden vom 12. Mai bis zum 12. Juni 1924 durch die Niederlassungen der Sächsischen Staatsbank in Dresden, Leipzig und Zwickau in unauflösbare Zahlungsmittel eingetauscht. Bei Zahlungen in Goldmark nehmen die staatlichen Kassen in Sachsen weiterhin das Rotgelb bis zum 12. Juni 1924 an Zahlungsmittel an. Mit dem 12. Juni 1924 verlieren die Rotgelbscheine ihre Gültigkeit.

Das Eisenbahnnotgeld bleibt gültig. Nachdem die Goldschabanweisungen des Deutschen Reiches von 1923 in Stückden von 21 Mark gleich 5 Dollar und weniger als Zahlungsmittel